

Liebe Genossinnen und Genossen



neulich fragte der Büromitarbeiter von Daniel Born: Welcher Kreisverband seid ihr noch mal? Ich hab immer nur „Rotwild im Schwarzwald“ im Kopf. Ein recht erfolgreicher Werdegang einer ursprünglich lustigen Idee.

Als 2014 der Kreisvorstand neu gewählt wurde, wollte ich (Birte) als neue Vorsitzende auch unsere Präsenz in den sozialen Medien aufbauen. Von der Kreisdelegiertenkonferenz wieder zuhause, habe ich eine Facebook-Seite für uns erstellt und überlegte, wie ich sie nennen soll. SPD Breisgau-Hochschwarzwald fand ich irgendwie einfalllos. Und da wir ja nun

mal rot und bisweilen auch wild im schwarzen Wald sind, fand ich die Bezeichnung **Rot-wild im Schwarz-wald** sehr passend.

Nach 10 Minuten hatte die Seite schon 100 Follower und niemand störte sich an dem Namen, so blieb es dabei.

In den nächsten Jahren haben wir dem Rotwild dann auch auf Twitter, Instagram, YouTube und zuletzt Mastodon eine neue Heimat gegeben.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Freiwilliges Soziales Jahr und Co. soll freiwillig bleiben	3
Pro Pflichtdienst	5
Silvesternacht	7
Schäufele-Essen in Gottenheim	10
Jahresauftakt im Hochschwarzwald	11
Neujahrsempfang OV Gundelfingen	12
Fachkräfte, Renten und Demografie	12
Generate Solidarity	14
Der Kolonialismus und die SPD	15
Europa-CDU im Rechtsrutsch	19
Medien-Ecke: Daten auf dem Handy sicher löschen	20
Termine	21
Impressum	22

Irgendwann meinte Birte dann, so ein Logo wäre doch klasse. Und Merchandise. Fand ich (Ossi) gut und habe mich direkt drangesetzt. Das Logo hat mir zunächst etwas Kopfzerbrechen gemacht, weil ich zu viel reinpacken wollte. Aber easy does the trick, so dass wir nun seit etlichen Jahren schon unser prägnantes Wiedererkennungszeichen haben.



Als erstes haben wir es auf Tassen aus satiniertem Glas gedruckt, was zwar super aussah, aber leider nicht alltagstauglich war, da nicht spülmaschinenfest. Da taugen unsere jetzigen Becher mehr und der Tee oder Kaffee schmeckt großartig darin.



Blöcke, Kalender und die großen Dekotafeln fürs Debattencamp folgten. Und neulich konnte ich Birte zum Geburtstag mit einem extra gestalteten Rotwild-Wimpel wohl eine ziemlich große Freude machen.



Bislang haben wir die Dinge nur zum Verschenken genutzt, als Dankeschön an Helfer*innen oder für Referent*innen. Natürlich würden wir es euch allen gerne zur Verfügung stellen, zumal wir immer wieder danach gefragt werden. Das können wir beide aber nicht nebenbei auch noch leisten. Dafür bräuchte es einen Online-Shop und jemanden, der sich um den Versand kümmert. Falls jemand von euch Zeit und Lust dazu hat, bitte gerne bei uns melden. Technische Unterstützung ist kein Problem. Letztlich sollte eine Rotwild-Tasse in keinem gut sortierten Haushalt fehlen.

Herzliche Grüße,

Birte Stennede.

Freiwilliges Soziales Jahr und Co. soll freiwillig bleiben

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und der Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) sind spätestens seit dem Wegfall des Zivildienstes seit gut zehn Jahren wichtige Stützen unserer Gesellschaft. Gut 50.000 FSJler und knapp 40.000 Bufdis waren in 2021 aktiv. Bei den Bufdis sind das nicht nur junge Menschen, immerhin rund 7% der Aktiven fallen in das Alterssegment 51 – 65 Jahre.



Bundespräsident Steinmeier hat im letzten Jahr eine Debatte zu einem Pflichtdienst angestoßen, der auf junge Menschen beschränkt sein könnte. Er fragt dabei, „ob es unserem Land nicht gut tun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen.“

Diese Fragen haben wir zusammen mit allen anderen Fragen rund um diese Dienste mit Birgit Wiloth-Sacherer, der Geschäftsführerin des DRK Baden und

Thomas Schaaf, dem Leiter der Freiwilligendienste beim DRK Baden diskutiert.



Diskutieren geht immer dann besser, wenn man die Fakten kennt und deshalb stellte Thomas Schaaf die wichtigsten Eckpunkte rund um diese Dienste zusammen. So vergleichen sich die oben genannten 90.000 in den freiwilligen Diensten zum stärksten Jahrgang bei den Zivildienstleistenden von 136.000 in 2002. Zwei Zahlen, die einerseits nicht so sehr weit auseinander liegen, aber andererseits bei den Zivildienstleistenden alleine durch junge Männer gestellt wurden. Jetzt sind die jungen Frauen mit gut 60% in der Mehrheit. Kein Nachteil, so ergänzte Birgit Wiloth-Sacherer, denn damit wurde dann beispielsweise der Rettungsdienst auch weiblicher.

Bei den Bildungsabschlüssen der jungen Leute dominiert die Hochschulreife, was auch daran liegt, dass viele Dienste zum Beispiel einen Führerschein brauchen, den Realschulabsolventen oder Hauptschüler altersbedingt nicht vorweisen können. Über die Jahre ist die Schar der Freiwilligen aber diverser geworden.

Die Einsatzorte beim DRK Baden sind ebenfalls sehr divers, gut 50% leisten ihren Dienst aber in Schulen und Kitas ab. In der Altenhilfe, deren Personalmangel immer wieder als Argument für Pflichtdienste angeführt wird, sind nur 5% beschäftigt.

Sehr interessant und kompliziert ist die Finanzierung der Dienste. Die FSJler und Bufdis bekommen ein „Taschengeld“, das zwischen 300 und 550 € im Monat liegt. Der Zuschuss des Bundes ist mit 100 bis 200 € pro Monat sehr gering. Das Land Baden-Württemberg legt pro Freiwilligem 500 € im Jahr drauf, in den meisten Ländern gibt es gar nichts. Durch die ebenfalls fällige Sozialversicherungspflicht, die von den Einsatzstellen zu 100% übernommen werden muss, belaufen sich deren Kosten pro Stelle und Monat auf rund 700 bis 800 Euro.

Trotz des sehr bescheidenen Taschengelds erreicht der Freiwilligendienst bundesweit 7% der Schulabgänger. Spitzenreiter ist dabei Baden-Württemberg mit 13%, Schlusslicht ist Bayern mit 3%.

Die Frage nach einer möglichen Einführung eines Pflichtdienstes war für beide recht

eindeutig aus dem Selbstverständnis des Roten Kreuzes zu beantworten. Das setzt klar auf Freiwilligkeit. Aber auch jenseits dessen ist ein Pflichtdienst für die jährlich rund 720.000 Schulabgänger nicht darstellbar. Die Kosten des Freiwilligendienstes belaufen sich für den Bund derzeit auf etwas mehr als 300 Millionen Euro und würden bei einem Pflichtdienst auf einige 10 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen. Die schiere Anzahl an Menschen wäre von den Verbänden außerdem gar nicht zu schaffen.



In der nachfolgenden Diskussion sprach sich gleichermaßen niemand für einen Pflichtdienst aus. Diese Forderung würde immer wieder von den Menschen aufgestellt, die es sicher nicht mehr betrifft und vor allem die jungen Diskussionsteilnehmer konnten keinen Grund ausmachen, aus dem sich für sie für einen solchen Dienst eine Bringschuld ableiten ließe.

Nichtsdestoweniger wurde die Notwendigkeit der Freiwilligendienste aber natürlich gesehen und überlegt, wie FSJ und Co. attraktiver werden könnten. Beide Referenten hatten dafür eine klare Vorstellung: Beim Freiwilligendienst gibt es ein kleines Taschengeld, die Freiwilligen bei der

Bundeswehr bekommen 1.400 Euro im Monat bei freier Kost und Logis in den Kasernen und kostenloser Nutzung der Bahn. Ein gewaltiger Unterschied, der durch nichts zu rechtfertigen ist und eben auch ein Stück weit die fehlende Anerkennung des Freiwilligendienstes in der Politik zeigt.

Außerdem wird der Freiwilligendienst durch nichts beworben. Es gibt keine Kampagne, die den Menschen FSJ und Co. schmackhaft macht. Vielleicht war das auch einer der Gründe, warum Präsident Steinmeier diese Diskussion angestoßen hat, denn immerhin wird dadurch wieder über diese Dienste gesprochen.

Oswald Prucker

Pro Pflichtdienst

Ich komme aus einer Zeit, in der über Für und Wider einer Verpflichtung nicht nachgedacht wurde. Es gab den Kriegsdienst (und gibt ihn eigentlich noch, er ist ja nur ausgesetzt) und der hat jeden männlichen Jugendlichen getroffen, der nicht mit der Gnade des Spitzensportlers gesegnet war, gerade deshalb oder ganz allgemein untauglich war oder sich zum THW-Recken oder Polizist hat ausbilden lassen.

Wenn jemand nach Berlin West umgezogen ist (Berlinflüchtling) war man auch befreit.

Es gab aber auch die Alternative, den Zivildienst zu schieben. Für die jüngeren Leser*innen unter uns: Anfangs war diese Alternative mit einem schriftlichen Antrag

zu begründen, der in einer Befragung und Gewissenserforschung mündete (Was würden Sie tun, wenn Sie mit Ihrer Freundin durch den Wald laufen und ein Übeltäter vergreift sich an ihrer Freundin? Sie haben zufällig eine Pistole dabei.).



Die Bandbreite der alternativer Tätigkeiten ging vom 24h-Dienst bei Schwerstbehinderten, über den Rettungsdienst, diverse Heime, bis hin zur Tätigkeit im Umweltschutz und sogar im Ausland war der Ersatzdienst möglich. Die Aufzählung ist sicher nicht vollständig.

Wenn ich mir die Personalbesetzung der Altersheime und der Sozialstationen anschau, dann kann man noch heute sehen, wie lange es keinen Zivildienst mehr gibt. Der Anteil an männlichen Pflegekräften hat seit diesem Zeitpunkt deutlich abgenommen. Sehr zum Leidwesen der Verantwortlichen in den Personalbüros von Altersheimen, Behindertenheimen und

sonstigen Einrichtungen, die ohne den Ersatzdienst niemals an junge Männer herangekommen wären, die sich dadurch für die dauerhafte Arbeit am und mit den Menschen entschieden haben.

Auf dem letzten KPT habe auch ich einem Antrag aus Staufen zugestimmt, dass der Freiwilligendienst mit einem Punkte-Anreizsystem für die Rentenkasse gefördert werden soll, und hab mich hinterher geärgert, dass ich über den Nebensatz „wir beantragen das nur für den Freiwilligendienst“ hinweggegangen bin. Für den Pflichtdienst braucht es diesen Anreiz nicht, aber der Satz hat auch beinhaltet, dass es keinen Pflichtdienst geben soll.

Nach meiner Beobachtung wird es in der heutigen Zeit immer wichtiger, allen Bürger*innen zu vermitteln, dass das eigene persönliche Lebensglück auch zu einem Großteil der Gemeinschaft zu verdanken ist. Der Gemeinschaft der Bürger*innen im Staat, die einen Rahmen für das Leben schafft in Form von Bildung, Infrastruktur, Rechtssystem. Dafür bezahlt der Einzelne mit seinen Steuern.

Die Beteiligung am demokratischen Prozess ist dabei aber zunehmend schon zu viel verlangt.

Das ist aber nur die finanzielle Hälfte. Die ideelle Hälfte der Sache ist die, dass die Gemeinschaft vom gegenseitigen sich kennen und unterstützen lebt. Davon, dass über die Grenze von Familien und sonstigen persönlichen Strukturen (z.B. Vereinen)

hinweg, miteinander gearbeitet, gelebt und gestaltet wird. Das macht man zwar in der Regel bei seinem angepeilten Studium oder Arbeitsplatz auch, der Unterschied liegt aber darin, dass dies in erster Linie der eigenen Lebensplanung dient.

Ich glaube, es ist dringend geboten, dass die Verpflichtung zum Dienst an der Gemeinschaft wieder eingeführt wird. Die Angebote an Möglichkeiten dürfen dabei gern so bunt, vielfältig und international sein, wie sie früher angeboten wurden.

Ich verspreche mir dadurch - wenn es alle, wirklich alle trifft - noch mal einen wertvollen Meilenstein auf dem persönlichen Lebensweg. Wertvoll deshalb, weil er der persönlichen Orientierung dient (in Deutschland und nicht beim Work and Travel im Outback), dem Erwachsen werden, dem Kennenlernen von anderen Menschen aus anderen gesellschaftlichen Milieus.

Bei meinem Zivildienst im Rettungsdienst gab es den Handwerker mit Hauptschulabschluss, den Öko-Freak, die Abiturienten, deren Studium durch die Eltern schon vorgegeben waren, den Schulabbrecher. Der Musiker mit Anspruch auf eine Profilaufbahn, der sich mit dem Zivildienst über Wasser gehalten hat, war auch dabei. Ich habe es durchaus so erlebt, dass es hier ein Geben und Nehmen zwischen den Milieus gab. Zudem ist es für viele meiner Kollegen von damals die erste Zeit auf eigenen

Füßen in einem in eigener Verantwortung zu pflegenden Haushalt gewesen. War auch kein Fehler. Hier hat sich Hinz und Kunz auf Zeit getroffen und voneinander gelernt.

Es lohnt in meinen Augen auch für die Verpflichtung zu kämpfen, weil es ein gravierender Kontrapunkt zur zunehmenden Individualisierung, Ich-Bezogenheit und Priorisierung der Selbstverwirklichung darstellt.

In der Diskussion, ob die Wertschätzung für den Bereich der Pflegeberufe mit der Verpflichtung gesteigert oder wegen der Pflicht reduziert wird, bin ich klar der Meinung, dass eine Mitarbeit in dem Bereich die Achtung vor den Personen, die diese Arbeit vollbringen, auf alle Fälle steigen wird.

Die Chance für die Pflegeberufe, jungen Menschen Einblicke in deren wertvolle Tätigkeit zu geben, ist vielleicht auch die einzige Chance, den Zulauf in dieses Berufsfeld deutlich zu erhöhen.

Wenn sich Bundespräsident Steinmeier für einen verpflichtenden Dienst ausspricht, gehe ich auch davon aus, dass er Mittel und Wege sieht, diesen Dienst auch gesetzlich und konform mit dem Grundgesetz wieder einzuführen.

Ich halte auch beim besten Willen gar nichts davon, die Verpflichtung mit Blick auf das 3. Reich abzulehnen. Ein Argument, das ich innerhalb der SPD immer wieder

gehört habe. Weil dort angeblich zum ersten Mal mit solchen verpflichtenden Diensten gearbeitet wurde. Es kommt doch darauf an, wie das Ganze dann im Hier und Jetzt gelebt wird.

Ich wünsche mir, dass sich auch junge Genoss*innen für einen bezahlten Dienst in der Gesellschaft erwärmen können. Mir hat auf alle Fälle niemand 20 Monate Lebenszeit geklaut. Und der "Verlust", 20 Monate später zum Studieren und Geldverdienen gekommen zu sein, hat sich in anderer Währung deutlich ausgeglichen.

Ich hoffe, es ist nicht nur der Abgesang von "mir hat's auch nicht geschadet, das könnte die heutige Jugend ruhig auch tun!". Ich glaube es wäre ein Gewinn für eine solidarische Gesellschaft. Und mit zeitlichem Abstand nach dem Dienst, wird hoffentlich Jede(r) feststellen können, dass es sinnvolle Zeit war.

Dieter Köpfler

Silvesternacht

*Ein Gastbeitrag von
Ademir Karamehmedovic*

Der Jahreswechsel in der Hauptstadt ist seit Jahren ein Termin, den sich Polizei und Feuerwehr feuerrot im Kalender markieren. Auch dieses Jahr zeigen Videos aus einigen Berliner Stadtteilen massive Angriffe auf Rettungskräfte. Die Auswirkungen beschäftigen die gesamte Bundesrepublik. Die Täter sind, das scheint sich aus den

Videoaufnahmen zu ergeben, junge Männer mit Migrationshintergrund. Es entfaltet sich eine in diesem Zusammenhang nur allzu bekannte Debatte. Auf der rechten Seite blanker Rassismus. Es werden wahlweise Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund oder schlicht Ausländer anhand ihres Phänotyps als Täter identifiziert. Auf der linken Seite dagegen betretene Sprachlosigkeit. Wie paralysiert vermeiden linke Politiker*innen den Hintergrund der vermeintlichen Tätergruppe zu nennen.



Detaillierte Infos über die Täter haben wir noch nicht. 145 Menschen wurden festgenommen, davon 100 mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Das allein reicht für eine adäquate Antwort auf die Geschehnisse nicht aus. Dass Jens Spahn und seine rechtskonservativen Freunde an einer solchen Antwort kein Interesse haben, ist daran zu merken, dass sie Stunden nach den Geschehnissen eine „verfehlte Migrationspolitik“, Angela Merkel oder den „poli-

tischen Islam“ verantwortlich machen. Das ist schäbig. Weil es billige Ressentiments bedient, ohne auch nur zu versuchen, den Anschein einer Lösung zu erwecken.

Einige Jungs, die in Kulturräumen sozialisiert wurden, die noch patriarchaler geprägt sind als die Mehrheitskulturen in Deutschland, haben ein Gewaltproblem. Sie nehmen unseren Rechtsstaat nicht ernst. Sie verachten ihn sogar. Diese Definition lässt sich auf so manchen „bio-deutschen“ Neo-Nazi und Burschenschaftler anwenden. An Silvester in Berlin war sie aber eindeutig bei Jungs aus muslimisch geprägten Kulturräumen einschlägig. Das auszusprechen ist nicht verboten. Es tun aber leider oft nur konservative Politiker*innen, die am rechtsextremen Rand auf Stimmenfang gehen – meist vergeblich. Die meisten Wähler*innen, die auf solche Aussagen anspringen, wählen am Ende die wahren Nazis der AfD. Liebe Grüße an Markus Söder, Jens Spahn und Michael Kretschmer.

Zurecht hat Kevin Kühnert vor einiger Zeit vor der linken Sprachlosigkeit in Bezug auf Islamismus gewarnt. Die gleiche Problematik droht nun wieder vor dem Hintergrund der Berliner Silvesternacht. Hannelore Kraft war mal eine beliebte Ministerpräsidentin, bis sie über ihre eigene Silvesternacht stolperte. Die ganze Welt sah ein Problem, linke Politiker*innen wollten es aber nicht aussprechen. Die ganze Welt wusste, der Himmel war blau, die Landesmutter be-

teuerte aber, er sei rot. Die Dissonanz zwischen der Wahrnehmung der Wähler*innen und Aussagen aus dem linken Spektrum war perfekt. Die Wahlniederlage gegen einen schwachen Armin Laschet im Anschluss auch. Franziska Giffey, einst als Neuköllner Ordnungs-Sheriff angetreten, sollte diesen Fehler bei ihrer Landtagswahl im Februar nicht wiederholen.

Ich bin Sozialdemokrat. Moslem. Bosnisch sozialisiert. Mir sind diese Jungs näher als der weißen Mehrheitsgesellschaft. Ihre Sprache, der gegenseitige Umgang, die in sich stringente, aber sich von der deutschen doch deutlich unterscheidende Rechtsauffassung ist mir nicht fremd. Ich bin in einem ähnlichen Milieu aufgewachsen. Der starke Mann war das, was zählte. Einige der Kindheitsfreunde meines Bruders landeten nach jahrelangen Verfahren im Gefängnis. Wir verloren sie.

Eine linke Regierung muss alles versuchen, um Sicherheit zu gewährleisten. Das bedeutet auch, die Communitys anzusprechen, in denen die Silvesterjungs leben. Dafür müssen wir aber wissen, wer diese Menschen sind. Leben sie in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland, sind es Deutsche. Deutsche, die zwar in einem anderen Kontext als die Mehrheit sozialisiert wurden, aber Deutsche. Unsere Söhne, unsere Verantwortung. Wir müssen sie als Teil von uns wahrnehmen, nur so können wir sie erreichen. Mit Chancen, Erwartung-

en, grundgesetzlichen Vorstellungen und ja, auch mit Repressalien. Bezeichnend dabei ist vor allem, dass auch ihre Communitys unter den ewiggestrigen Männlichkeitsbildern dieser Jungs leiden. Auch die Ladenbesitzer in Neukölln wollen ihre Ruhe. Sie erwarten zurecht ein hartes Durchgreifen ihres Staates. Auch sie verdienen den Schutz ihrer Lebensräume. Nur muss dieser Schutz eben vor dem Hintergrund der Jungs kultursensibel geschehen. Damit meine ich keine Stuhlkreise, in denen jeder nur sprechen darf, wenn er den Redestein hält. Strafrechtliche Härte ist gefragt. Die gesetzlichen Strafrahmen existieren bereits. Woran es mangelt ist ein Staat, dessen Justiz handlungsfähig ist. Gerade in Berlin berichten Staatsanwält*innen von Überarbeitung. Sie gehen auf dem Zahnfleisch. 1000 neue Stellen bringen die Spahns aber nicht in die Schlagzeilen. Hier braucht es linke Regierungspolitik, die langfristiger denkt.

Strafrechtliche Härte reicht aber nicht aus. Sie muss immer auch mit der echten Chance auf Reintegration in die Mehrheitsgesellschaft gepaart werden. Wir stehen hier auch in der Schuld dieses Milieus. Während ihre Eltern sich mit dem Versprechen eines sicheren Einkommens zufriedengaben, brauchen wir für die zweite und dritte Generation andere Antworten. Wir müssen unser Gesellschaftsmodell überzeugender an sie herantragen, das Aufstiegsversprechen endlich auch für die Mehmeds und Alis einlösen. Wir müssen

auch ihr Leib und Leben schützen. Glauben wir nicht, dass sie taube Teilnehmer unserer Gesellschaft sind. Auch an ihnen ist Hanau, der NSU und NSU 2.0 nicht spurlos vorbeigegangen. Gleichzeitig können und müssen wir die Gewaltlosigkeit unseres Grundgesetzes konsequent einfordern. Das sind wir nicht zuletzt auch den Millionen Menschen schuldig, die aus ähnlichen Milieus kommen und nicht auf diese Weise strafrechtlich auffallen.

Ein linker Begriff der inneren Sicherheit muss Minderheiten und ihre Lebensrealitäten einbeziehen. Rechte Stimmen nennen das abwertend Identitätspolitik. Doch ist es für ein menschenwürdiges Miteinander unerlässlich, migrantische Perspektiven etwa in die Polizeiarbeit zu integrieren, wenn Menschen Opfer von Rassismus werden. Das kann nur linken Kräften gelingen. Rechte haben an echter Integration in Wahrheit nämlich gar kein Interesse. Migrantische Perspektiven in der Innenpolitik mitzudenken darf aber nicht bei der Rassismusbekämpfung aufhören. Sie müssen auch einfließen, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund auf der Täterseite befinden.

Eine stark gekürzte Version dieses Artikels ist unter dem Titel „Rechts Rassismus, links Schweigen“ auf Spiegel Online erschienen. Ademir Karamehmedovic ist Sozialdemokrat und Doktorand an der Bucerius Law School in Hamburg.



[Rechts Rassismus, links Schweigen](#)

Schäufele-Essen in Gottenheim

Am 07. Januar haben die Genoss*innen des Ortsvereins Gottenheim zum traditionellen Schäufele-Essen eingeladen.

Ein toller Abend mit vielen lieben Menschen, sehr leckerem Essen, guten Gesprächen, einer großartigen Tombola und natürlich auch mit viel aktuellem politischen Infos.



So hat Vorsitzender Manfred Wolf aus dem OV berichtet, Bürgermeister Christian Riesterer und SPD-Gemeinderätin Birgit Wiloth-Sacherer sprachen über die Belange von Gottenheim, Oswald Prucker überbrachte ein Grußwort der Kreis-SPD, MdB Johannes Fechner berichtete unter anderem über das Vorhaben und die Umsetzung, den Bundestag zu verkleinern und Gernot Eler fand einige Worte zum Angriffskrieg Russlands.



Zuletzt wurden die großartigen Preise der Tombola verteilt. Wir freuen uns schon heute auf 2024 und das traditionelle Schüfele-Essen bei unseren Freunden in Gottenheim.

Tanja Kühnel

Jahresauftakt im Hochschwarzwald

Unter dem Motto „Bei gutem Essen lässt sich´s schwätzen“ kamen die Genoss*innen des OV Hochschwarzwald am 13. Januar zusammen. Der Jahresauftakt zog die Mitglieder aus den Gemeinden Breitnau, Eisenbach, Feldberg, Friedenweiler, Hinterzarten, Lenzkirch, Löffingen, Schluchsee und Titisee-Neustadt zusammen.

Wir ließen das vergangene Jahr Revue passieren und waren uns einig, dass unser erstes Jahr nach der Fusion zur SPD Hochschwarzwald ein gutes Jahr für uns war. Wir sind zusammengewachsen und haben gemeinsam schon viel bewegen können.

Auch der Ausblick für das vor uns liegende Jahr stimmt uns sehr optimistisch und wir sind hochmotiviert auf die Arbeit im Jahr 2023.



Insgesamt ein sehr geselliger Abend mit vielen guten Gesprächen und sehr leckerem Essen. Und weil Liebe bekanntlich ROT ist und durch den Magen geht, bildete das Dessert mit einem essbaren OV-Logo den krönenden Abschluss.

Tanja Kühnel



Neujahrsempfang OV Gundelfingen

Auch in Gundelfingen haben die Genoss*innen am 20. Januar zu einem Neujahrsempfang eingeladen. Die stellvertretende Vorsitzende Carina Kappler führte durch den Abend und vertrat die Vorsitzende Gertrude Hitzel-Paul.



Carinas Jahresrückblick auf die Aktivitäten des Ortsverein umfassten von Veranstal-

tungen mit unserer Abgeordneten und parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter bis hin zur Gesprächsrunde anlässlich der Bürgermeisterwahl alle wichtigen herausragenden Aktionen des Ortsvereins.

Nach einem kurzen Grußwort der Kreisvorsitzenden Birte Könnecke gab Bruno Zimmermann einige Einblicke in das politische Geschehen der SPD-Fraktion im Gemeinderat wieder und wies auch schon auf einige bevorstehende Punkte hin. Aus Heuweiler wusste und aus Heuweiler wusste Gemeinderat Claudius Stahl zu berichten.

Abgerundet wurde der schöne Abend noch mit einer Ehrung. So durfte sich Willibald Fritz über eine goldene Nadel für sein 50-jähriges Partei-Mitgliedsjubiläum freuen und ein Präsent vom OV gab es von Carina natürlich auch noch.

Tanja Kühnel

Fachkräfte, Renten und Demografie

Vor kurzem las ich irgendwo – die Quelle finde ich leider nicht mehr: In Frankreich gab es keinen Pillenknick, weil es dort schon immer eine sehr umfangreiche Kinderbetreuung gibt. Schauen wir uns das mal näher an. Meine Grafik zeigt die Bevölkerungspyramide von Deutschland

und Frankreich mit Zahlen aus dem Jahr 2017. Die Grafik basiert auf zwei Originalen aus Wikipedia.

Die Form beider Kurven unterscheidet sich vor allem im unteren Bereich der jüngeren Alterskohorten. In beiden Ländern waren die vor fünf Jahren 50- bis 54-Jährigen die stärkste Kohorte. Heute sind das dann wohl die 55- bis 60-Jährigen.

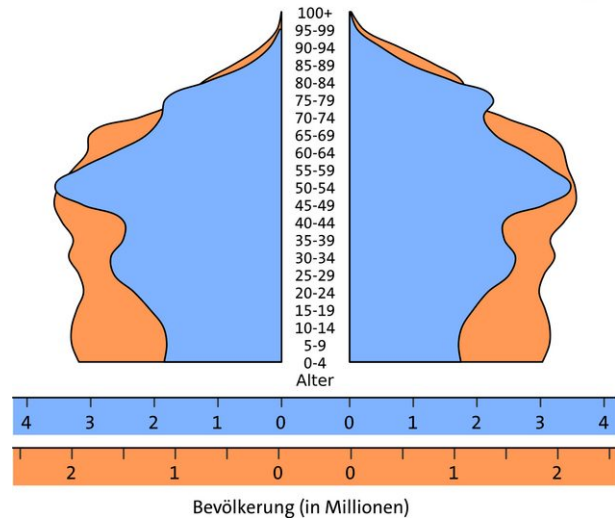
Interessant ist der Kurvenverlauf darunter. In Deutschland brechen die Zahlen bei den Jüngeren dramatisch ein. Das ist der Pillenknick und der setzt sich bis heute fort. Die Altersgruppen werden immer kleiner.

Die damals 50- bis 54-Jährigen (gut 3,5 Millionen Menschen) gehen in den nächsten Jahren in Rente. Sie werden von den damals 15- bis 19-Jährigen ersetzt. Diese Alterskohorte ist mit knapp 2 Millionen Menschen gerade mal etwas mehr als halb so groß. Danach wird es noch dusterer.

Genau diese Entwicklung erklärt den Fachkräftemangel auf nahezu allen Ebenen. Wir sehen davon aber derzeit gerade mal die ersten Anzeichen. Klar kann man je Berufsgruppe bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen verlangen und oft genug ist das auch sehr, sehr berechtigt. In der Summe werden wir aber schlicht einen Verdrängungswettbewerb zwischen den einzelnen Berufsgruppen erleben, den wir uns heute noch gar nicht richtig vorstellen können.

Bevölkerungspyramiden für Deutschland und Frankreich für 2017

Quelle: de.wikipedia.org



Genau deshalb ist es richtig und geradezu geboten, dass wir Einwanderung erleichtern. Das von der Ampel beschlossene Chancen-Aufenthaltsrecht ist die einzig logische Antwort auf diese absehbare Entwicklung und kein „Verscherbeln der Staatsbürgerschaft“, wie eine CDU im ungebremsten Rechtsrutsch formuliert.

Vergleichen wir das aber mal mit Frankreich. Auch da sieht man einen Pillenknick - aber einen Pillenknick „ultralight“, wie ich formulieren mag. Die Alterskohorten sind bis hoch zum Rentenalter in etwa gleich stark.

Frankreich kennt seit je her die Ganztagschule oft mit zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Unterrichtszeiten. Ich will mich hier nicht zum Frankreichspezialisten aufschwingen, aber es ist wohl unmittelbar klar, dass sich auf diese Weise Kinderwunsch – auch mehrfacher Kinderwunsch – und Berufstätigkeit der

Frauen deutlich einfacher realisieren lassen. In Frankreich ist die arbeitende Mutter auch in der Sicht der Gesellschaft nicht die Rabenmutter, so wie berufstätige Frauen in Deutschland immer gesehen wurden und noch werden. Stichwort „Die Mutter gehört zum Kind.“

Die daraus resultierende deutlich ausgewogenere demografische Situation ermöglicht in Frankreich übrigens auch das deutlich entspanntere Rentensystem. Es sind halt genügend junge Leute da, die mit ihren Rentenbeiträgen die heutigen und zukünftigen Rentner finanzieren.

Tja, echte Familienpolitik bzw. echte Frauenpolitik in Deutschland wäre halt schon gut gewesen. Das haben die Parteien unterlassen und es war gesellschaftlich – Stichwort Rabenmütter – auch nicht gewollt.

Natürlich ist die Demographie nicht der einzige Faktor, der den Fachkräftemangel und die Rentenunterschiede erklärt, aber es ist ein sehr wichtiger Faktor. Ich will mit diesem Beitrag auch nicht die französische Politik über den grünen Klee loben. Immerhin hatte und hat Frankreich mit einer für unsere Verhältnisse exorbitanten Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen. Rund 18% sind es derzeit – bei uns noch nicht mal 6%. Das ist die andere Seite der Medaille und das zeigt letztlich, wie kompliziert die Materie ist. Einfache Lösungen gab es noch nie und wird es nicht geben.

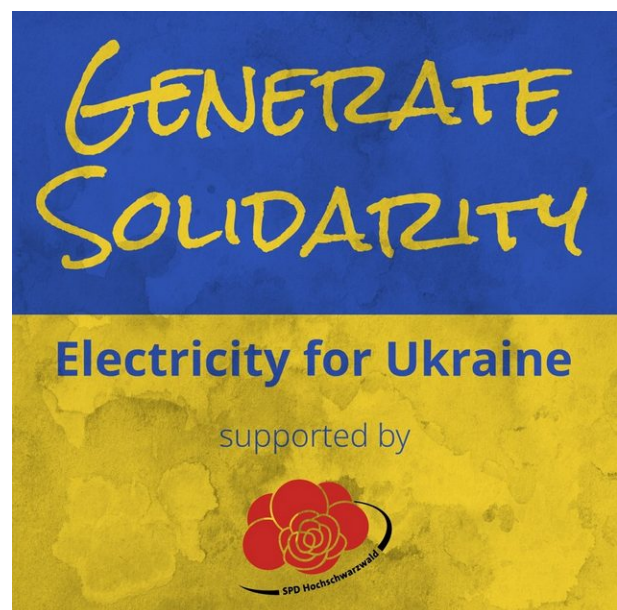
Oswald Prucker

Generate Solidarity

Unter der Überschrift „Generate Solidarity“ haben sich Aktivist*innen von der SPD Plattform und Europe Talks zusammengetan und eine private Initiative gestartet, um die Ukraine zu unterstützen. Es wird Geld gesammelt, um Generatoren (sogenannte Portable Power Stations) zu kaufen.

In der Ukraine leiden weiterhin Millionen von Menschen. Russland bombardiert gezielt die zivile Infrastruktur. Putin will das ganze Land in Dunkelheit tauchen und die Menschen ohne Strom, Heizung, Wasserversorgung und Internet zurücklassen.

Hier will man ansetzen und die Zivilbevölkerung mit den dringend benötigten Generatoren unterstützen.



Wer spenden möchte und kann, gelangt hier direkt zur Spendenaktion:

[Generate Solidarity - EuropeTalks & SD Platform | betterplace.me.](#)

Alle weiteren Informationen gibt es unter www.ukraine.europetalks.eu.

Und natürlich kann man die Aktion auch bewerben. Wer das mit seinem OV oder seiner AG usw. tun möchte, kann sich, so wie wir im OV Hochschwarzwald, hierfür ein Sharepic mit eigenem Logo machen lassen und dies dann mit passendem Text über die Medien teilen.

Die Freunde von Europe Talks freuen sich über eure Anfrage und sind gerne behilflich. Jede Spende hilft – jede Unterstützung ist willkommen.

Tanja Kühnel

Der Kolonialismus und die SPD

In letzter Zeit beschäftigt sich die Öffentlichkeit, d.h. Medien und Politiker, mit dem Thema “Deutschland und seine Kolonien“.

(Anmerkung: Das Deutsche Reich besaß von 1884-1918/19 Kolonien, verstreut über der südlichen Halbkugel.)

Auch unsere Partei hat diesen Teil der deutschen Geschichte “entdeckt“: Der Landesverband Berlin hat auf den Bundesparteitagen 2015 und 2021 Anträge zu diesem Thema gestellt. Die Antragsteller und Antragstellerinnen verlangen eine offizielle Anerkennung der Schuld Deutschlands für das Verhalten der deutschen Kolonialbehörden und v.a. der deutschen

Kolonialtruppen in den Jahren 1904-1908 im ehemaligen Deutsch Südwest Afrika, dem heutigen Namibia. Beide Anträge bezeichnen das Vorgehen des deutschen Militärs als Vernichtungskrieg bzw. Völkermord an den Bewohnern dieses Gebietes. Diese hatten sich mit Waffengewalt gegen das Verhalten der deutschen Siedler erhoben und dabei deutsche Siedler getötet. In dem Antrag von 2021 heißt es: “1904, das ist das Jahr, in dem der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts geschah.“ Weiter heißt es: “40.000-60.000 Herero und 10.000 Nama und San wurden in den Jahren bis 1908 ermordet. Tausende wurden verletzt, ausgebeutet und traumatisiert. “Die Antragsteller/innen stellen daher die Forderung an die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und an die SPD-Bundestagsfraktion, sich bei der namibischen Regierung und den Opferverbänden zu entschuldigen, angemessene Reparation- bzw. Wiedergutmachungszahlungen zu vereinbaren bzw. zu leisten.

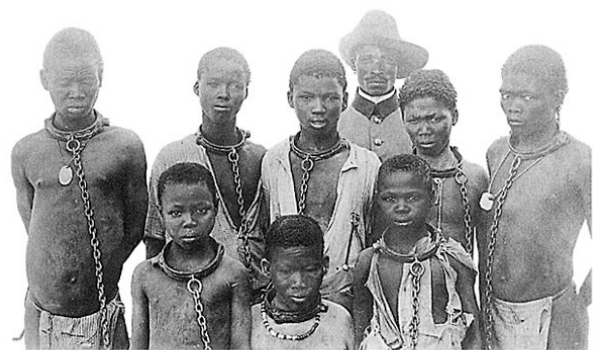


Bild: Gefangene Afrikaner um 1907/1908. Gemeinfrei, commons.wikimedia.org.

Darüber hinaus sei es notwendig, die deutsche Kolonialzeit mithilfe von Histo-

rikern wissenschaftlich zu untersuchen. Hier sei auch die kolonialpolitischen Vorstellungen der damaligen SPD zu berücksichtigen, denn "Fakt ist, dass bis 1906 viele einflussreiche Vertreter/innen der SPD sich für eine „sozialistische Kolonialpolitik“ aussprachen..." (Antrag A036).

Was hat es auf sich mit der Feststellung, dass unsere Partei-Vorfahren eine "sozialistische Kolonialpolitik" vor dem Ersten Weltkrieg befürworteten.



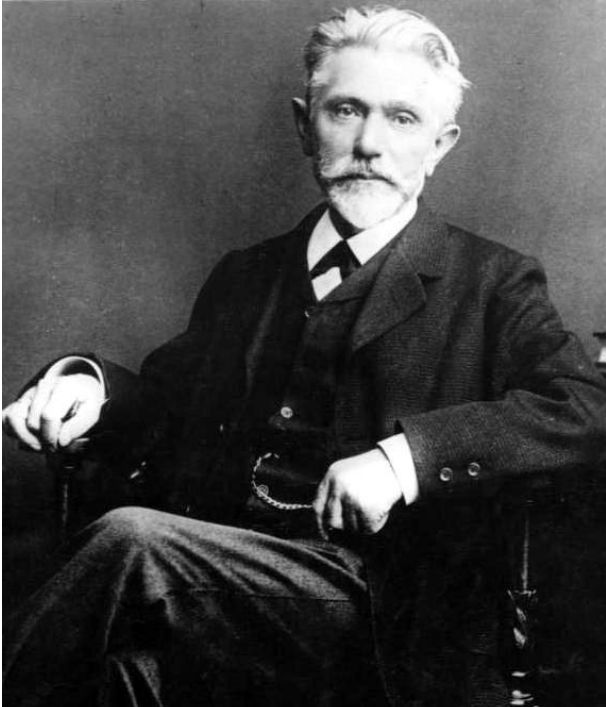
Zunächst ist festzustellen, dass die SPD Reichstagsfraktion das brutale Vorgehen der sog. deutschen Schutztruppen auf das Schärfste verurteilte: Der Parteivorsitzende und Fraktionsvorsitzende August Bebel (1840 –1913) kritisierte das Vorgehen des deutschen Militärs im Reichstag mit den Worten "[...] eine solche Kriegsführung kann jeder Metzgerknecht treiben, dazu braucht man nicht General oder höherer Offizier zu sein." [Verhandlung des deutschen Reichstages vom 30. Januar 1905]. Im selben Jahr stellte er im Reichstag fest: „[...] Das Recht zur Revolution hat jedes Volk und jede Völkerschaft, die sich in ihren Menschenrechten aufs Alleräußerste

bedrückt fühlt. Wenn schließlich nach allen diesen Taten [...] der Aufstand der Hereros ausbrach, und dann eine Reihe der schlimmsten Gräueltaten vonseiten der Aufständigen begangen wurde, so ist das nur die natürliche Folge unserer Kolonialpolitik, des Verhaltens der Ansiedler, kurz der ganzen Tätigkeit, die von uns aus in Südwestafrika ausgeübt worden ist. "Bebel bezeichnet als Sozialist die Erhebung der Afrikaner als Revolution und interessanterweise benutzt er schon damals den Begriff Menschenrecht. Und in der Sitzung vom 2. Dezember 1905 stellte der SPD Abgeordnete Georg Ledebour (1850-1947) im Reichstag fest, dass das Vorgehen der Truppen auf „die Vernichtung und Ausrottung der Eingeborenen“ hinauslaufe. "[Verhandlungen des deutschen Reichstages vom 2. Dezember 1905] Unsere Parteivorderen charakterisierten die dortigen Ereignisse nicht als Völkermord aber als Vernichtung und Ausrottung der afrikanischen Einwohner."

Schon im Jahre 1889 stellte August Bebel fest: "im Grunde genommen ist das Wesen der Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz [...], die nicht selten schließlich mit deren vollständiger Ausrottung endet." [Verhandlung des deutschen Reichstages vom 26. Januar 1889]

So klar die ablehnende Haltung zur Kolonialpolitik bei Bebel und Ledebour zum Ausdruck kommt, blieb doch die Einstel-

lung der Parteiführung, insbesondere der Reichstagsfraktion, zum Besitz deutscher Kolonien gespalten. So waren einige von ihnen keineswegs abgeneigt vom Kolonialbesitz.



August Bebel. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-14077-0005 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, commons.wikimedia.org

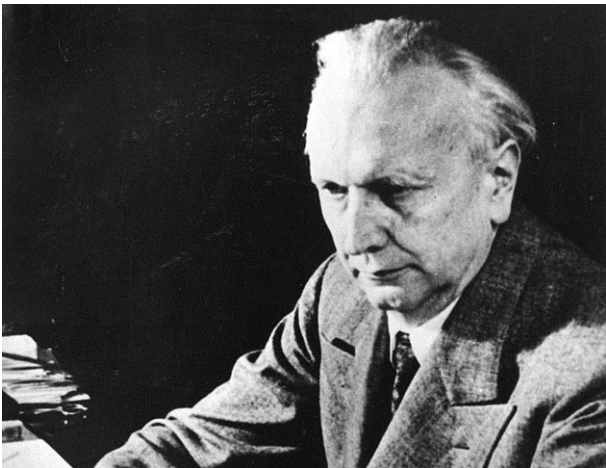
Selbst Bebel erklärte im Dezember 1906 im Reichstag: „Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird [...]. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften [...] zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozial-

demokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind“. Ob diese eurozentristisch-humanistische Haltung aus der zeitgenössischen Sicht als rassistisch zu verurteilen ist, wird der damaligen Sichtweise und den geltenden Werten sicherlich nicht gerecht.

Die Führer der Arbeiterbewegung sahen sich zugleich in einem ideologischen Dilemma gefangen: Würde der Besitz von Kolonien den Kapitalismus stabilisieren oder dazu beitragen, ihn zu beseitigen. Schon Karl Marx (1818-1883) betrachtete den Kolonialismus als ein vorübergehendes frühkapitalistisches Phänomen, das durch einen umfassenden Freihandel abgelöst werde. Friedrich Engels (1820-1895) sah im Imperialismus/Kolonialismus einen Beschleuniger zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in den Kolonien, die dann schneller zu revolutionären Umwälzungen auch in den Kolonien führen würde. Andererseits erleichterten die Kolonien durch größere Absatzmärkte und neue Bezugsquellen die Reproduktion des kapitalistischen Systems. Somit verlängerten die Kolonien die Lebensdauer des Kapitalismus insgesamt, was nun keineswegs im Interesse der Sozialdemokratie war. Aus diesem ideologischen Dilemma konnte sich die SPD nie befreien. Das war auch nicht nötig, weil 1918/19 die „deutsche koloniale Herrlichkeit“ durch die Niederlage des Deutschen Reiches im 1. Weltkrieg ein Ende fand: Die Siegermächte, v.a. Frankreich und

Großbritannien, “schnappten sich“ die Kolonien z.B. Deutsch Südwest.

Dennoch bleibt die Frage der deutschen Verantwortlichkeit oder gar Schuld für das Verhalten der damaligen Politiker (auch die der SPD?) und des Militärs in Deutsch Südwest Afrika. Und so stellt sich die Frage: Kann Schuld vererbt werden? Der SPD Parteitag von 2021 stellt fest: “Schuld bleibt Schuld!“ Der Antrag unterscheidet zwar eine Schuld im rechtlichen Sinne, die sich “nicht rückwirkend anwenden lässt.“ Stattdessen ist die Rede von der moralischen Schuld (bis zum heutigen Tage). Es handelt sich also um eine Kollektivschuld aller Deutschen.



Karl Theodor Jaspers

Der international bedeutende Psychiater und Philosoph Karl Theodor Jaspers (1883-1969) nahm nach den Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten (1933- 1945) zum Begriff Kollektivschuld folgendermaßen Stellung: “Es ist aber sinnwidrig, ein Volk als Ganzes eines Verbrechens zu beschuldigen. Verbrecher ist immer nur der einzelne. [...] Es ist auch sinnwidrig, ein Volk

als Ganzes moralisch anzuklagen [...]

Moralisch kann immer nur der einzelne, nie ein Kollektiv beurteilt werden [...]“ [Karl Jaspers: Volk und Universität. In: Die Wandlung. Band 2, 1947].

Jede Sozialdemokratin und jeder Sozialdemokrat kann daraus eigene Schlüsse ziehen. Tragen das deutsche Volk und damit auch unsere Partei moralische Schuld am deutschen Kolonialismus und insbesondere an dem Verhalten der Deutschen in den Kolonien wie zum Beispiel in Deutsch Südwest Afrika/Namibia?



Eine Kiste mit Hereroschädeln wurde kürzlich von den Truppen in Deutsch-Süd-West-Afrika verpackt und an das Pathologische Institut zu Berlin gesandt, wo sie zu wissenschaftlichen Messungen verwandt werden sollen. Die Schädel, die von Herero-frauen mittels Glasscherben vom Fleisch befreit und versandfähig gemacht wurden, stammen von gehängten oder gefallenen Hereros.

Bildunterschrift: Eine Kiste mit Hereroschädeln wurde kürzlich von den Truppen in Deutsch-Süd-West-Afrika verpackt und an das Pathologische Institut zu Berlin gesandt, wo sie zu wissenschaftlichen Messungen verwandt werden sollen. Die Schädel, die von Herero-frauen mittels Glasscherben vom Fleisch befreit und versandfähig gemacht wurden, stammen von gehängten oder gefallenen Hereros.

Einen Erfolg haben jedenfalls die Anträge der beiden Parteitage. In dem Koalitionsvertrag von 2021 (zwischen den Parteien SPD-GP- FDP) unter der Überschrift „Koloniales Erbe“ wird vereinbart: Die Koalitionspartner “unterstützen insbesondere die Rückgabe von Objekten aus kolonialem Kontext. “Ferner veranlassen sie“ unabhängige wissenschaftliche Studien zur Aufarbeitung des Kolonialismus“ und die Schaffung eines Sofortprogrammes „Globaler Süden“. Vielleicht führen diese Absichtserklärungen zu Versöhnung mit den Menschen in den ehemaligen deutschen Kolonien.

Henry Kesper

Quellen des Artikels:

- Anträge des SPD Landesverbandes Berlin auf den Bundesparteitag Berlin 2015 und 2021 zum Thema „Deutscher Kolonialismus“
- Johannes Berger: die SPD und der Kolonialismus
- Wikipedia: Karl Jaspers



Europa-CDU im Rechtsrutsch

Mitte Januar hat sich die Landes-SPD mit der Landtagsfraktion und den Kreisvorsitzenden zu einer Jahresauftaktdebatte getroffen. Auch dabei war unser Europaabgeordneter René Repasi und sein Debattenbeitrag blieb mir in besonderer Erinnerung. Er sagte im Wortlaut:

„Die EVP ist eine nach rechts driftende lose Kanonenkugel. Weber will mit den Faschisten Europas zusammenarbeiten.“

Zur Einordnung: Die EVP ist der Zusammenschluss der konservativen Parteien in Europa, der auch CDU/CSU angehören. Die EVP bildet die größte Fraktion im Europaparlament. Manfred Weber (CSU) ist sowohl Vorsitzender der Partei, wie auch der Fraktion.



Die von René genannte „lose Kanonenkugel“ ist eine etwas sehr direkte Übersetzung des englischen Begriffs „loose cannon“. Im Deutschen nennt man das eine tickende Zeitbombe. Diese Übersetzung ging René wohl noch etwas zu weit, wie wohl er es insgeheim vielleicht doch gemeint hat.

Zurecht, denn wir erinnern uns, wie schwer sich die EVP mit dem Fraktionsausschluss des ungarischen Faschisten Orban und seiner Partei getan hat. Auf seinem Twitteraccount macht Weber mächtig Stimmung gegen Flüchtlinge und er unterstützte im italienischen Wahlkampf Silvio Berlusconi und damit auch die rechtsextreme Giorgia

Meloni, die letztlich Regierungschefin wurde.

Auch im Parlament wird laut René die Zusammenarbeit zwischen EVP und besonders Weber und den Rechtsextremen immer deutlicher.

Darauf müssen wir im nächsten Jahr zur anstehenden Europawahl deutlich hinweisen! Die Merz'sche Brandmauer zwischen CDU und AfD mag brüchig sein (und sie ist es auch), zwischen der Union bzw. der EVP und den Rechtsextremisten im Europaparlament gibt es gar keine Mauer, sondern einen sehr guten Draht.

In der Tat eine „tickende Zeitbombe“.

Oswald Prucker

Medien-Ecke

Daten auf dem Handy sicher löschen

Zu Weihnachten oder auch zum Ende unserer Vertragslaufzeit des Mobilfunkvertrages werden oft neue Handys angeschafft. Viele unserer alten Handys wechseln dann gerne den Besitzer – sei es, dass wir das Handy verkaufen oder aber, wir geben es zur Entsorgung weiter.

In beiden Fällen möchten wir natürlich nicht, dass unsere Daten auf dem Handy ebenfalls den Besitzer wechseln. Wir sichern Unmengen von Daten auf unserem Handy und hierzu gehören nicht nur Bilder, sondern auch Kontaktdaten, Einwahldaten, besuchte Internetseiten und und und ... All

diese Daten gilt es zum einen, sie zu sichern und zum anderen, sie zu löschen.

Das Handy nur auf Werkseinstellung zurückzusetzen, um all seine Daten sicher zu löschen, ist nicht ausreichend. Ihr geht folgendermaßen vor:

1. Aus dem Hauptaccount ausloggen

Bei iPhones loggt ihr euch aus dem Apple-Account aus. Bei Android-Geräten müsst ihr euch beim Google-Account ausloggen. Teilweise gibt es noch Herstellerkonten, wie etwa bei Samsung. Bei diesen Konten müsst ihr euch auch ausloggen.

2. Verschlüsseln

Bei euren iPhone-Geräten braucht ihr nicht manuell verschlüsseln, da Apple generell verschlüsselt ist. Anders ist das bei Android-Smartphones. Hier findet ihr im Menü unter Einstellungen und dann unter Sicherheit den Funktion Verschlüsseln. Der Rest ist selbsterklärend.

3. Zurücksetzen

Zuletzt könnt ihr nun euer Gerät auf Werkseinstellung zurücksetzen.



Das war es dann auch schon. Mit dieser Vorgehensweise könnt ihr sicher sein, dass keine Daten auf dem Handy zurückgeblie-

ben sind. Einem Verkauf des Altgerätes oder einer Weitergabe an die Entsorgungsstelle eures Vertrauens steht nun nichts mehr im Wege.



Wie immer dürft ihr euch gerne bei mir melden, wenn ihr Rückfragen habt. Und auch sonst könnt ihr auch im nächsten Jahr mit euren Anliegen, Anfragen, Wunschthemen usw. gerne auf mich zukommen.

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Stammtische

Hochschwarzwald

Jeden 4. Mittwoch im Monat treffen wir uns zum offenen Stammtisch.

Immer ab 19.30 Uhr im Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt:

- 25. Januar
- 22. Februar
- 22. März



Alle weiteren Termine findet ihr auch schon auf der Homepage des Kreisverbandes!

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

Immer ab 19 Uhr im Wirtshaus Perron, Bahnhofsgaststätte in Breisach:

- 14. Februar
- 13. März
- 11. April

Die Termine bis zum Sommer findet ihr auf der Webseite des Kreisverbandes.



Breisgau

- 15. Februar ab 20:00 Uhr im Restaurant “Zum Bären“ in Norsingen, Bundesstraße 30.

Der jeweils nächste Termin wird beim Stammtisch verabredet.

Digitaler Kreisstammtisch

Immer ab 19:00 Uhr unter diesem Link:

<https://us02web.zoom.us/j/88362045387>

Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387. Termine:

- 13. Februar
- 14. März
- 4. April



Kreisparteitag mit Daniel Born

Schon mal den Termin vormerken. Unser nächster Kreisparteitag ist am **18. März ab 15 Uhr im Bürgerhaus Müllheim.**



Bild: Andreas Kaier

Unser Gast wird Daniel Born, MdL und stellvertretender Landtagspräsident, sein.

Mit ihm werden wir aufbauend auf die Diskussion beim Debattencamp im letzten Sommer die Wohnungspolitik diskutieren.

Details folgen.

Frühjahrsempfang mit Andreas Stoch

Wie schon im letzten Jahr, so treffen wir uns auch dieses Jahr wieder zum gemütlichen Beisammensein am **21. April 2023, 18:00 Uhr im Wirtshaus Perron in Breisach.**

Das Wirtshaus liegt direkt am Bahnhof und ist sehr gut auch mit der Bahn zu erreichen. Es wird für jeden ein Essen (wahlweise mit Fleisch oder vegetarisch) und Getränke geben.



Bild: Schielberg

Wir freuen uns sehr, dass wir als Festredner unseren **Landesvorsitzenden Andreas Stoch** gewinnen konnten.

Er wird uns von der Landespolitik und aktuellen Initiativen des Landesverbandes berichten.



IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
Dr. Oswald Prucker
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg.

Redaktion: Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke